

zu TOP



Stadtratsfraktion

Mainz, 28.01.2022

Anfrage 0183/2022 zur Sitzung am 09.02.2022

Fairständige Verwaltungssprache (CDU)

Die Verwaltung hat mit dem Newsletter Nr. 29 vom 29. März 2021 „Empfehlung zur gendergerechten Sprache“ und der 4. vollständig überarbeiteten Auflage der Broschüre „Fairständige Verwaltungssprache“ ihren Mitarbeitern den Doppelpunkt als neue Zeichensetzung empfohlen, wenn alle Geschlechter angesprochen werden sollen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. In der genannten Broschüre wird dargestellt, dass die Querschnittbüros aus dem Dezernat des Oberbürgermeisters maßgeblich an der Erarbeitung dieser Regelungen beteiligt waren. Beabsichtigt die Verwaltung, diese Regelungen, welche erheblichen Einfluss darauf haben, welches Bild die Bürger von der Stadtverwaltung haben, im Stadtrat diskutieren zu lassen?
2. Ursprünglich hatte die Verwaltung den Anspruch, ihre Verwaltungssprache zu vereinfachen und die Verständlichkeit zu verbessern. Weitere Ziele wie der Wunsch nach einer diskriminierungsfreien Sprache kamen später hinzu. Die oben genannten Veröffentlichungen der Verwaltung versuchen die verschiedenen Ziele zusammenzuführen, resultieren jedoch in Empfehlungen, die teilweise den „Leitlinien der GfdS zu den Möglichkeiten des Genderings“ (GfdS: Gesellschaft für deutsche Sprache e.V.) widersprechen und den Bürgern aus ihrer Schulzeit nicht bekannt und daher fremd sind. Ist die Verwaltung der Auffassung, dass die Verwendung einer Verwaltungssprache, die im Widerspruch zu den Empfehlungen der GfdS und der Duden-Redaktion steht und den Bürgern aus ihrer Schulzeit nicht bekannt und daher fremd ist, für mehr Verständlichkeit sorgt?
3. Der Doppelpunkt als Zeichensetzung beim Gendern steht auf der Liste nicht empfohlener Gender-Kurzformen des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes. Wieso entscheidet sich die Verwaltung für eine Zeichenverwendung, die sehbehinderten Personen das Lesen der Verwaltungstexte unnötig erschwert?

4. Hat die Verwaltung sich bei der Erarbeitung ihrer Empfehlungen sprachwissenschaftlich beraten lassen? Falls ja, von wem? Falls nein, wieso nicht?
5. Wurde in dem Zusammenhang über eine Mitgliedschaft in der GfdS nachgedacht, welche für einen geringen Jahresbeitrag Stadtverwaltungen sprachwissenschaftlich berät? Wenn nein, wieso nicht?

Hannsgeorg Schöning
Fraktionsvorsitzender